

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 12. Juli 1924

Nummer 59

### Unternehmertagungen im Buchdruckgewerbe

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins hielt aus Anlaß einer Feier des 25jährigen Bestehens der Innung der Buchdruckerbesitzer in Lübeck seine Tagung am 27. und 28. Juni in Lübeck ab. Aus dem Bericht der „Zeitschrift“ über diese Tagung ist zu entnehmen, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein am 20. Juni d. J. 5766 Mitglieder zählte.

Die Kassenverhältnisse werden als wieder aufwärtsgehend bezeichnet, nähere Angaben über Einnahmen und Ausgaben findet man aber in diesem Bericht nicht; um unüberlegten Austritten vorzubeugen, wurde dem engeren Vorstand empfohlen, das Eintrittsgeld zu erhöhen.

Die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und der sogenannten Allgemeinen Deutschen Buchdrucker-Unterstützungskasse, die nach unserer Auffassung schon infolge ihrer sehr unsozialen Geburtsverhältnisse im Anschluß an den großen Streit von 1891/92 weder richtig leben noch sterben kann, wurde eine längere Aussprache gewidmet. Zwar wurde der „Lebende“ entgegengetreten, als ob die Kasse nicht mehr lebensfähig sei, und „festgestellt“, daß die Kassenverhältnisse gar nicht ungünstig seien. Wenn man nicht danach fragt, ob die Mitglieder dieser Unterstützungskasse von Unternehmern dabei auf ihre Rechnung kommen, so mag dies zu glauben sein, nur fragt sich, wozu dann immer noch eine finanzielle Beihilfe seitens des DVB. erforderlich ist. Daß man die Kasse weiterbestehen lassen will, spricht doch nicht gerade für ihre besondere Gesundheit, denn sonst würde doch über ihr Weiterbestehen überhaupt kein Wort zu verlieren sein.

Die Zahl der Abgeordneten für die am 7. und 8. September in Hannover stattfindende Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurde auf 80, das sind zwei Drittel der im Jahre 1922 in Frage kommenden Abgeordneten, festgesetzt. Es kommt also eine wesentliche Reduzierung der Vertreterszahl in Frage, immerhin bleibt immer noch auf je 80 Mitglieder ein Vertreter.

Einige Mitglieder der Reichsdruckerpartei des DVB. wünschten auch die Verlegung der Geschäftsstelle der Prinzipalsparten von Leipzig nach Berlin. Sie hatten jedoch damit kein Glück, ihr Antrag wurde abgelehnt.

Eine längere Debatte erheischte der immer noch schwebende Ausbau der „Zeitschrift“, die es anscheinend trotz aller Anstrengungen in letzter Zeit immer noch nicht so weit gebracht hat, daß sie das Organ darstellt, wonach der Buchdruckerbesitzer „zu erst greift“. Wir bezweifeln, daß das bei so widersprüchlichen Interessen im DVB. überhaupt möglich sein wird, und zwar um so weniger, als wir aus einer ganzen Reihe von Tarif- und Lohnverhandlungen der letzten Jahre wissen, daß in den Kreisen maßgebender Prinzipale im Deutschen Buchdrucker-Verein über die Meinungsfreiheit der Schriftleitungen der offiziellen Fachpresse sehr kurzfristige und engherzige Auffassungen vorhanden sind, denen sich kein erfahrener Fachmann auf die Dauer unterwerfen kann, wenn er nicht bloß als Diktatshreiber sein Brot verdienen will. Gar zu gern und oft hätten verschiedene dieser Herren auch schon den „Korr.“ in den gleichen Tessen gesehen, was ihnen aber noch stets vorbeigelungen ist und wohl auch in Zukunft „heißes Eisen“ bleiben wird. Daß unter solchen Verhältnissen die Frage der „Zeitschrift“ für den DVB. ein Schmerzenskind darstellt, ist daher nicht verwunderlich. Es ist eben ein großer Unterschied, ob man innerhalb einer Redaktion das Recht hat, sein eigenes Wissen und Streben zu verwerten, oder ob man in jeder Zeile nur das Lied dessen singen muß, dessen Brot man isst, und darüber hinaus auch sonst noch nur das flinke Rad am Wagen darzustellen hat.

Die letzten Tarifverhandlungen wurden in verschiedener Richtung eingehend erörtert. Es wurde darüber gesagt, daß die Vereinsmitglieder gar zu sehr die ganzen Gesamtumstände übersehen, die bei den Verhandlungen zu überwinden waren und nicht so ohne weiteres ausgeschaltet werden konnten. Insbesondere die Arbeitszeitregelung wurde hierbei angeführt, wobei empfohlen wurde, von einer weiteren Kritik abzusehen und lieber die Taktik auf die Zukunft einzustellen. Der ständige Wechsel der Vertreter auf Prinzipalsseite bei den Tarifverhandlungen wurde als ein Übelstand bezeichnet, der in Zukunft vermieden werden sollte. Man scheint also allmählich einzusehen, daß die frühere ständige Kreisvertretung besser war als das neuzeitliche Rädchenwechseln. Ob

sich aber ständige Tarifverhandlungsvertreter auf Prinzipalsseite finden werden, die sich das Recht nehmen lassen, nach ihrer eigenen Überzeugung bei den Verhandlungen zu reden und zu handeln, und sich unbedingt nur an gewisse Direktiven zu halten haben, wie es bei dieser Aussprache als Endresultat gefordert wurde, das steht auf einem andern Blatte. Wir sind der Meinung, daß die frühere selbständige und vorbildliche Tarifgemeinschaft, die dem Gewerbe weit nützlicher war als die heutigen Echtenacher Springprozeduren der Gewerbevollität, nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, daß es auf Prinzipalsseite noch ständige Verhandlungsteilnehmer gab, die als erfahrene Fachmänner und auch sozialpolitisch selbstdenkende Persönlichkeiten auf eine friedliche Verständigung mit den Gehilfenvertretern mehr Gewicht legten als auf irgendwelche Direktiven, die immer nur höchst einseitig waren und durch den Verlauf der Verhandlungen sich als haltlos und gewerbeschädlich erweisen mußten. Sollte es sich hier jedoch um die Beachtung gewisser Direktiven handeln, die von anderen Unternehmerräumen, vielleicht von Zentralen der Unternehmervereine dem DVB. auferlegt werden, so wird sich auch deren Beachtung nur als Hemmschub für eine weitere geachtliche Entwicklung des Gewerbes erweisen. Die Gehilfenschaft wird sich das Recht nicht nehmen lassen, auch solche Hindernisse in der ihr geeigneten Weise zu überwinden. Und es war sicher nach dieser Richtung kein Fehler, daß der Hauptvorstand des DVB. heute schon in der „Zeitschrift“ ankündigt, daß er in Zukunft alles tun wird, um die Beachtung gewisser Direktiven unter allen Umständen durchzuführen. Solche Diktaturgelüste sind zweifellos das beste Mittel, um die Gehilfenschaft rechtzeitig auf solche „gebundene Mandate“ auf Prinzipalsseite vorzubereiten und sie ihre entsprechenden Maßnahmen treffen zu lassen. Und es ist schließlich auch der Unterstreichung wert, daß solche Tendenzen inmitten einer halbwegs friedlicheren Gestaltung der gewerblichen und tariflichen Verhältnisse zu erst von Prinzipalsseite verflücht werden. Die innerhalb der Gehilfenschaft sich in letzter Zeit vollziehende grundsätzliche Festigung des gegenseitigen Vertrauens und des Zusammengehörigkeitsgefühls wird dadurch nur noch lesergehend beeinflusst und gestärkt werden.

Wie unter solchem Direktivengerassel gegen die Arbeiterkraft des Gewerbes die weitere Sorgenfrage des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der Preistarif, und seine Durchführung in ein ruhigeres Fahrwasser kommen soll, ist uns allerdings ein Rätsel. Man mag zwar im DVB. nach wie vor der Meinung sein, daß dies nur eine Hausangelegenheit der Prinzipale ist und die Arbeiterkraft des Gewerbes gar nichts angeht. Daß wir anderer Meinung sind, haben wir bisher bewiesen und werden es auch in Zukunft tun, wenn die Lohnpolitik des DVB. sich mit seiner Preispolitik nach unserer Auffassung nicht vereinbaren und nicht verantworten läßt. Denn als Gewerbeangehörige, wie auch als Glieder der deutschen Volkswirtschaft fühlen wir uns verpflichtet, zu prüfen, ob der Verkaufspreis der Erzeugnisse unseres Gewerbes unter objektiver Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit den Gesteuerungskosten vereinbaren läßt, und ob nicht durch Überspannung nach der einen oder andern Seite die Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterkraft des Gewerbes willkürlich vermindert wird. Daß der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins sich in Fragen des Preistarifs immer wieder wie auch diesmal selbst beheimatet, daß sein Tun und Lassen auf diesem Gebiete einwandfrei sei, ist eine Frage, die infolge ihrer eigenartigen Struktur von uns nur registriert, aber nicht ohne weiteres anerkannt werden kann. Doch wollen wir dieses Thema in solchem Zusammenhang nicht weiter aufrollen, obwohl uns die schon beleuchtete Ankündigung einer stärkeren Vertretung „gewisser Direktiven“ in Tariffragen grundsätzlichen Anlaß dazu gäbe. Nur soviel möchten wir jedoch sagen, daß wir im heutigen Preistarif eine so weitestgehende Berechnung aller Positionen der Gesteuerungskosten feststellen müssen, daß demgegenüber die heutigen tariflichen Positionen für die Arbeiterkraft des Gewerbes als das Mindeste bezeichnet werden müssen, was überhaupt noch arbeiten werden kann. Und solange in dieser Beziehung sich im Deutschen Buchdrucker-Verein nicht die Erkenntnis durchdringt, daß unter solchen Umständen das Streben nach einer weiteren Herabsetzung der tariflichen Rechte der Arbeiterkraft nicht nur eine unsoziale, sondern auch eine unverantwortliche Unacht bedeutet, werden wir uns immer weiter von einer im Interesse aller Gewerbeangehörigen liegenden Gemeinschaftsarbeit entfernen, statt sich ihr zu nähern.

Eine Jubiläumstagung größeren Stils veranstaltete der Verein Deutscher Zeitungsverleger am 21. Juni d. J. in Stuttgart; es war ein Gedanktag des dreißigjährigen Bestehens dieses Vereins. Das Aufsehen der Teilnehmer an dieser Tagung war ein noch nie erreichtes und belief sich nahezu auf tausend. Große Festlichkeiten umrahmten das Ganze und legten Zeugnis dafür ab, daß die deutschen Zeitungsverleger nicht wenig Mittel und Geschick haben, ihre organisatorischen Besprechungen und Feiern so angenehm wie möglich zu machen. Die Zahl der Festgäste aus allen sogenannten höheren Kreisen war ebenfalls nicht gering; Vertreter von Reichs-, Staats- und Stadtbehörden sowie von sonstigen Korporationen aus Gewerbe, Industrie und Handel hatten sich in solcher Fülle zu dieser Tagung eingefunden, wie es wohl selten bei ähnlichen Anlässen bisher zu verzeichnen war. Sie alle aufzuzählen, ist hier nicht der Ort; es genügt u. a. festzustellen, daß der Reichspräsident ein Begrüßungstelegramm sandte, der Reichkanzler und der Außenminister bedauerten telegraphisch, wegen dringender Staatsgeschäfte an der Teilnahme verhindert zu sein; dagegen waren von der Reichsregierung der Reichsinnenminister Dr. Sarzes, der Chef der Presseabteilung, ein Präsident des Reichspostministeriums, der württembergische Staatspräsident sowie verschiedene andre württembergische Staatsminister und selbstverständlich auch der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos V usw. usw. zugegen; daß auch Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse, der gleichzeitig in Königsberg seine Hauptversammlung abhielt, sowie Vertreter des Landesverbandes der württembergischen Journalisten und Schriftsteller anwesend waren, also Vertreter einer besonderen „Arbeitergruppe“ des Zeitungsgewerbes, sei zur Abwechslung und besonders Beurteilung nicht vergessen.

Der Verlauf der ganzen Tagung war auf Grund der ausgezeichneten Regie der Zeitungsverleger Württembergs unter Leitung des Herrn Direktor Esser (Stuttgart) ein durchaus harmonischer. Schon der der eigentlichen Hauptversammlung am Vorabend vorausgehende Festakt gefaltete sich zu einer zweifellos sehr imposanten Huldigung für die deutsche Presse, von der man nur wünschen könnte, daß sie den wirklichen Verhältnissen in kultureller Hinsicht näher stünde als im Glanze des weißen Saales des ehemaligen Stuttgarter Residenzschlosses. Denn so sehr es auch die Gehilfschaft des deutschen Buchdruckgewerbes und damit auch des Zeitungsgewerbes freuen würde, wenn die durch ihrer Hände Arbeit dem deutschen Volke dienende Presse in allen Teilen zum Wohle des Volkes wirken würde, so wissen wir doch als Glieder der Arbeiterklasse, daß leider noch viel zuviel Talmi darunter ist und leider gar nicht so wenig Giftstoffe für eine wahre freiheitliche und gerechte Volkskultur einem großen Teil der deutschen Presse entströmen, die trotz des ansehnlichen Bestandes der besten und reinsten Presse der Welt bisher nicht wenig dazu beigetragen haben, die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr den größten Teil des gesamten Volkes der größten wirtschaftlichen Not und politischen Unterdrückung auszuliefern. Die meisten Reden auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger haben allerdings von diesen tiefen Schattenseiten der deutschen Volkswirtschaft und -kultur kaum etwas merken lassen.

Wie einseitig und egoistisch manche Kulturfragen auf dieser Tagung behandelt wurden, geht u. a. aus deren Stellungnahme zu dem von der Reichsregierung geplanten neuen Journalistengesetz hervor. Dieses neue Gesetz, das in der Hauptsache den Zweck haben soll, dem Redakteur einen größeren Einfluß auf den geistigen Inhalt der von ihm geleiteten oder bearbeiteten Zeitung zu sichern, das ihn vor einer Behinderung pflichtgemäßer Wahrnehmung der öffentlichen Interessen durch die Verleger

oder andre Kreise schützen soll, fand auf dieser Tagung den schärfsten Widerspruch. In einem diesbezüglichen Vortrage des Herrn Dr. Simon wurden die Verhältnisse Presse, Redakteur, öffentliches Interesse, privates Interesse und Verleger so geschickt gegen einander ausgespielt, daß schließlich nur noch der Verleger mit heiler Haut davonkam, und zwar als ein Mann, der alles weiß und alles kann; der, weil er alles „bezahlt“, auch allein befähigt sein soll, Herrscher der Presse, der öffentlichen Meinung und Beherrscher des Redakteurs, in Wahrnehmung wohlervorbener privater Interessen, zu sein. Alles andre soll der privaten und patriarchalischen Vereinbarung zwischen Verleger und den Redakteuren oder Schriftstellern überlassen bleiben. Das geplante Journalistengesetz bezweckt die Reinhaltung der Presse vor allzu einseitigen Privatinteressen auf Kosten der Volksgemeinschaft. Der Referent stellte demgegenüber die Behauptung auf, daß das überflüssig wäre, da das hohe sittliche Gut der Reinheit der Presse in Deutschland mit 99 Proz. durch eine sich ihrer Verantwortung bewußte Verlegerenschaft gewahrt worden ist! Ein neues Journalistengesetz sei daher nicht erforderlich, höchstens eine Revision des veralteten Pressegesetzes. In dem gleichen Sinne wurden dann von andern Rednern dem anwesenden Reichsminister Dr. Sarzes die Leviten verlesen, weil er mit dem Journalistengesetz beabsichtige, die Vormundschaft der Zeitungsverleger über die geistige Befähigung und Tätigkeit der Redakteure und Schriftsteller zu beschränken. Es wurde ihm unter stürmischem Bravo und Händeklatschen die Parole mit auf die Heimreise gegeben: „Hände weg vom Journalistengesetz!“ Dr. Sarzes, dem diese „Oration“ sicher wenig Spas machte, hielt eine konsiziente Gegenrede, in der er u. a. nur von einigen Läuschen im Pelze der Verleger sprach, von denen er sie nicht ohne ihre Mithilfe durch das Journalistengesetz befreien möchte. Er machte das Zustandekommen einer Nachrevision des Gesetzesmurfes, bei der die Zeitungsverleger weitgehende Mitarbeit und Berücksichtigung ihrer Bedenken finden sollen. Zur objektiven Beurteilung dieser Streitfrage dürfte es für unsre Leser nützlich sein, wenn wir darauf verweisen, daß der Reichsverband der Deutschen Presse, der, wie schon erwähnt, gleichzeitig in Königsberg tagte, zur Frage des Journalistengesetzes folgende Entschliessung angenommen hat:

Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse als die berufene Vertretung der an der deutschen Presse tätigen Journalisten, bekräftigt von neuem und einstimmig die seit mehr als zehn Jahren erhobene Forderung auf Erhaltung eines deutschen Journalistengesetzes. Der Reichsverband fordert das Reichsministerium des Innern auf, auf Grund der von den beteiligten Ministerien geleisteten Vorarbeiten nunmehr so schnell wie möglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Darstellungen, die aus Verlegerkreisen immer wieder über die Stellung von Verleger und Redakteur innerhalb der Zeitung an die Öffentlichkeit gebracht werden, beweisen, daß auf die klare gesetzliche Festlegung der schon durch das Pressegesetz deutlich betonten und im Wesen der Zeitung begründeten Stellung des Redakteurs als des dem Gesetze und der Allgemeinheit verantwortlichen Trägers des geistigen Inhalts der deutschen Presse nicht verzichtet werden kann. Das Recht des Verlegers, die Grundlinien für die Haltung des Blattes zu bestimmen, soll nicht angefaßt werden. Aber innerhalb dieser durch den Anstellungsvertrag bestimmten Bindung des Redakteurs ist die Klärung seiner Stellung und die Sicherung seiner Handlungsfreiheit, insbesondere auch durch die Festlegung seiner materiellen Existenz, dringend nötig, soll nicht das hohe Kulturgut gefährdet werden, das das deutsche Volk in seiner Presse besitzt. Die im deutschen Zeitungswesen immer weiter fortschreitende Umstellung vom persönlichen, auch geistig und traditionell interessierten Verleger zur unpersönlichen Verlagsgesellschaft bedeutet in dieser Beziehung eine ernste Warnung.

Es bestehen also zwischen Zeitungsverlegern und Redakteuren in dieser Frage weit auseinandergehende grundsätzliche Meinungsverhältnisse. Und wir bezweifeln, daß diese durch ein Journalistengesetz überbrückt werden können. Denn hier handelt es sich um Grundrechte der menschlichen Arbeitskraft, die von dem heutigen privatkapitalistischen Unternehmertum niemals freiwillig anerkannt werden, auch nicht von

### Friz Reuters fünfzigster Sterbetag

Am 12. Juli sind es fünfzig Jahre her, daß der große norddeutsche Dialektdichter und Humorist Friz Reuter für immer die Augen schloß. Fern seiner mecklenburgischen Heimat, am Fuße der schönen Wartburg im Thüringer Wald, hatte er sich 1808 sein hübsches Heim erbauen lassen, in dem er nur noch die letzten sechs Jahre seines reich bewegten und nicht immer sorgenfreien Lebens zubringen konnte. Ein langjähriges Herzleiden machte ihm viel zu schaffen, und als ihn im letzten Vierteljahr seines Lebens ein Schlaganfall lähmte, mußte er im Rollstuhl gefahren werden, was indessen seinen urkräftigen Humor nicht zu trüben vermochte. Viele, viele Menschen folgten seinem Sarge, viele Palmen und prachtvolle Kränze wurden auf seinen Grabhügel niedergelagt, aber keiner war wohl von so großer Rührung und Liebe befeuert, als jener kleine schlichte Kranz, an den die Worte befestigt waren: „Ein armen Handwerksburken ist hier gewesen, Dei heit Dinen „Hanne Nüte“ gelesen.“ Aber nicht nur seine sprachlichen Landeskunde trauerten an seiner Bahre, sondern weit über die mecklenburgischen Lande hinaus war sein herziger Humor gebunden, und als zwanzig Jahre später seine Liebe „Luising“ oder „Wifing“ ihm in den Tod folgte, da konnte sie es freudig tun in dem Bewußtsein, daß die Werke ihres „Fritzing“ oder „Rufching“ in der ganzen Welt verbreitet waren. Besonders ist es die „Stromtid“, die diesen Siegeslauf machte; sie wurde in Französisch, in Englisch und Dänisch überfetzt; in der ganzen Welt setzte man diesem Manne Denkmäler, in Amerika gar fünf Stück. Noch bei Lebzeiten erhielt er massenhaft Danksagungen und Anerkennungs-schreiben. Oft wußte er nicht, wo ihm der Kopf stand, und doch machte er es bei seiner stets regen Arbeitslust und großen Arbeitslast möglich, die meisten dieser Briefe zu beantworten.

Wenn man heute Friz Reuters gesamte Werke überblickt (acht stattliche Bände), wenn man den ungeheuren Gedankenschatz darin wertet, dann wird es einem so recht klar, was dieser Mann geschaffen hat. Besonders der Roman „Ut mine Stromtid“ ist wohl sein Meisterwerk, das er von 1862 bis 1864 während seines Aufenthaltes in Eisenach schuf. Man

darf schon den Worten des trefflichen Reuter-Kenners N. Warnde glauben, wenn er sagt: „Frishes Leben is dorin, und frishes Leben und Glüd und Freud drinkt dei sit in't Hart, bei dorin lest. Und ewige Jugend is dorin: Sunnertal kanst du't lesen, ümmer up't frish ward di't rühren und freuen, ümmer up't frish wardst du wat Schömeres finden, wat du wördem nich gewohr worden bist.“

Für denjenigen, der der plattdeutschen Mundart nicht mächtig ist, mögen Reuters lieblich-humorvolle Dichtungen schwer zu lesen sein. Das muß ohne weiteres zugegeben werden. Es wurde deshalb auch schon mehrmals der Versuch unternommen, sie in das Hochdeutsche zu übertragen. Aber alle diese Versuche sind gescheitert; denn mit der Übertragung ging Reuters Geist verloren. Wer ihn nach jenen Übertragungen beurteilen wollte, der bekäme ein völlig schiefes Bild über den Dichter. Also man soll solche Übertragungen vermeiden. Dagegen lohnt es aber wirklich die Mühe, die man vielleicht anfangs aufwenden muß, um den ungewohnten Dialekt zu verstehen, wenn man sich tiefer und tiefer in seine Werke hineinknist. Wer eine trübe Stunde hat, der greife getrost zu Reuter, lese in seinem „Läuschen und Nimmels“, in jenen plattdeutschen Gedächtnis heiteren Inhalts, denen Reuter das Motto voranstellte:

Wer't mag, te mag't;  
An wer't nich mag,  
Te mag't ja well nich mögen.

Sein Vater, der Stavenhagener Bürgermeister Johann Georg Reuter, ein tüchtiger und tatkräftiger, aber sehr kaltdüster Mann, ließ es sich gewiß nicht träumen, daß sein Sohn, der ihm am 7. November 1810 geboren wurde, dereinst Weltruhm erlangen würde. Er wird das um so weniger bedacht haben, als sich dieser Sohn so gar nicht nach den Wünschen des Vaters entwickelte. Indessen wollen wir seine erste Schulzeit, die Kraus genau war, übersehen. Im Herbst 1824 bezog er das Gymnasium zu Friedland in Mecklenburg-Strelitz. Drei Jahre quälte er sich dort mit den Regeln fremder Sprachen, die ihm von pedantisch vertönderten Lehrern beigebracht werden sollten. Nach Ablauf der drei Jahre kam er nach Parchim auf die Schule. Wie er selbst schreibt, verlebte er da seine

den Zeitungs- oder sonstigen Verlegern. Es besteht zwar die Möglichkeit, daß auf gesetzlichem Wege den stärksten Willkürlichkeiten im Verhältnis der Gewerksarbeiter der Presse zu ihren „Protocollern“ ein Riegel vorgezogen werden könnte. Aber die heutige Andeuerung aller offiziellen wie nichtoffiziellen „maßgebenden“ Kreise in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bei den Verlegern läßt nicht erwarten, daß ein Geketz zustande käme, das nicht nur weiße Salbe wäre. Der Reichsverband der deutschen Presse wird sich in seiner heutigen Einer- wie Andererseitspose in der Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder noch ganz wesentlich fortrügieren müssen, wenn er es wirklich erreichen will, daß mit den Arbeitsleistungen seiner Mitglieder nicht mehr nur wie mit Waren gehandelt werden soll. Wir begrüßen jeden Versuch von seiner Seite, der darauf abzielt, den Beruf der Redakteure und Schriftsteller freier und innerlicher zu gestalten und ihm dementsprechende Existenzmöglichkeiten zu verschaffen. Wir Buchdrucker wissen, wie sehr es damit heute noch überall im argen liegt. Und deshalb verstehen wir es auch, daß der Verein Deutscher Zeitungsverleger sich bei Erörterung dieser Frage auf seiner diesjährigen Hauptversammlung sozusagen mit Händen und Füßen dagegen stemmte, daß er von seiner Vorherrschaft auf dem Gebiete der Bildung der sogenannten öffentlichen Meinung etwas einbüßen soll. Daß er sich aber in die Notwendigkeit verfaßt sah und noch sieht, sich wehren zu müssen, ist schließlich das einzige, was zu begrüßen ist. Denn so siegesicher und bedrohlich zugleich die Haltung der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger war, so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die geistige Bevormundung der Presse und der Schriftstellerei durch die Verleger sich eine Gefahrenzone ergibt, die ihre Nahrung, Bedeutung und Kraft gerade durch das erhält, was die Verleger glauben zu erbpacht zu haben und unter allen Umständen behaupten zu müssen. Auch hier werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen; denn die Geistesfreiheit wird um so nötiger, je enger man sie zu fesseln versucht.

Daß nicht alle Verleger nach dieser Richtung über einen Kamm zu scheeren sind, wollen wir nicht zu betonen unterlassen. Daß es aber ihrer zu wenige sind, die die Presse oder die Schriftstellerei in der Hauptsache von kulturellen Gesichtspunkten aus bewerten oder verwerten, das ist auch die Achillesferse der deutschen Presse, die es insbesondere verschuldet hat, daß das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt immer noch ein sehr getrübtetes, widerspruchsvolles und kein besseres ist. Die ausländische Presse ist daran nicht allein schuld; für sie ist die deutsche Presse meistens sogar weit mehr *Quell* als Abwehr der einseitigen Information des Auslandes über deutsche Verhältnisse in Kultur, Wirtschaft und Politik. Und wenn die deutschen Zeitungsverleger für sich das ausschließliche Recht der Selbstbestimmung der Haltung der deutschen Presse reklamieren, dann müßten sie auch dafür allein verantwortlich sein. Dann wäre der Zeitungsverleger der Schütze, der Redakteur oder Schriftsteller aber nur noch beauftragter Waffenschmied, der für die Wirkung seiner erzeugten Waffen nur verantwortlich zu machen ist, wenn sie infolge Konstruktionsfehler oder sonstiger Leichtsinnigkeiten bei ihrem Bau in entgegengekehrter Richtung wirken. Von einer solchen logischen Auffassung der Abhängigkeit zwischen Rechten und Pflichten haben wir jedoch in dem bis jetzt vorliegenden Bericht über die Stuttgarter Tagung der Zeitungsverleger im „Zeitungsverlag“ noch nichts gelesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese wichtige Frage in einem andern wichtigen Referat dieser Tagung über das Thema „Regierung und Presse“, dessen Inhalt erst in der nächsten Nummer des „Zeitungsverlags“ zur Veröffentlichung kommen soll, behandelt wurde. Wir werden nötigenfalls darauf

noch zurückkommen; müssen aber hier schon bemerken, daß die Erörterung der öffentlichen und rechtlichen Verantwortlichkeit für die Presse bei der Frage des Journalistengesetzes weit nötiger gewesen wäre, als die Klage über Beschneidung des Einflusses des Verlegers auf den Inhalt der Zeitung für den heute noch und in Zukunft in erster Linie der Redakteur oder Verfasser die gesetzliche Verantwortung zu tragen hat.

Die übrigen Punkte dieser Tagung beziehen sich auf geschäftliche Angelegenheiten der Organisation, deren Bedeutung und Erlebigung im Rahmen des Berichts des „Zeitungsverlags“ kaum zur Geltung kommt. Was hierbei auf das Konto „Taktik“ zu setzen wäre, ist sehr unklar. Ein kleiner Verleger (Sampel, Weißwasser) versuchte wegen nicht genügender Berücksichtigung der kleinen Verleger im Vorstände aufzumachen. Er wurde nach allen Regeln der Kunst abgebliffet und beschert, daß für den Verein Deutscher Zeitungsverleger keine Zersplitterungsgefahr bestehe, am allerwenigsten in Pommern, und daß im Vorlande fünf kleine Zeitungsverleger seien. Die Vorstandswahl führte zu keinen wesentlichen Veränderungen. Maßgebende Persönlichkeiten des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins sind gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes der Zeitungsverleger wie in den Spitzen seiner Untergruppen. Es besteht auf diese Weise ein sehr enges Zusammenarbeiten der beiden Unternehmerorganisationen des Buchdruckgewerbes, was es uns zur Pflicht machen sollte, unsere Kräfte in Zukunft ebensowenig zu zersplittern, sondern noch mehr als bisher zu konzentrieren und zu vertiefen.

## Diskussion zum Hamburger Verbandstag Warum Industrieverband?

Gut einhalb Jahr sind vorüber, seitdem die Verbandsmehrheit sich gegen den Industrieverband als derzeitige erstrebenswerte Organisationsform entschieden hat. Wenn ich angesichts der kommenden Verbandstagung in Hamburg trotzdem den Versuch unternehme, die Kollegenschaft für eine Umgestaltung der jetzigen Organisationsform zu interessieren, so deshalb, weil ich die Auffassung habe, daß die jetzige Zeit mit ihren zurückliegenden reichen Erfahrungen die eingetretenen sozialen Umfahrungen und die aus dieser Erkenntnis fließenden gewerkschaftlichen Aufgaben der Zukunft klarer hervortreten läßt.

Die auf dem Boden des Klassenkampfprinzips stehenden wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen sind nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Vertiefung dieser Anschauung und die Förderung der Erkenntnis des gemeinsamen Zweckes trotz verschiedener organisatorischer Gruppierungen der Organisationen ist eine der Hauptaufgaben für die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind entstanden als Kampfverbände gegen die Bestrebungen des Unternehmertums. Bis weit in die Kriegszeit hinein erstreckte sich das Aufgabengebiet der Gewerkschaften im großen Umfange in dem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Angehörigen und der Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen. Erst mit der Staatsumwälzung von 1918 ließen die von der monarchistischen Epoche überlieferten Fesseln, die Gewerkschaften gewannen staatliche Anerkennung (siehe z. B. Reichsverfassung Art. 165), und damit verbreiterte sich das Aufgabengebiet für die Gewerkschaften. Von dem Zeitpunkt an traten sie erstmals aktiv in den Kampf um

schönsten Tage, wozu die stolze Weiblichkeit einiges mit beitrug. Als er 1831 das Gymnasium verließ, erhielt er allerdings ein nicht gerade glänzendes Zeugnis: „Seine Kenntnisse sind in der vorchriftsmäßigen angebotenen Abiturientenprüfung befunden in fremden Sprachen als nicht völlig genügend, in der Mathematik als genügend, in der Geschichte als genügend, und ist ihm das Zeugnis der Reife zum Besuch der Universität zuerkannt.“

Nach einem halbjährigen „versumpften“ Studium an der Moskauer Universität ging er nach Jena, später nach Leipzig, wurde aber hier, — weil er (aus Jena kommend) politischer Umtriebe verdächtig erschien, obgleich er sich nie mit Politik befaßt hatte — abgewiesen und ging hierauf nach Berlin. Doch hier ereilte ihn sein Schicksal: man sperrte ihn in die Stadtverste, brachte ihn aber erst im September 1834 nach der Festung Silberberg in Schleisen; obgleich ihm keinerlei Straftat nachgewiesen war, verurteilte man ihn — nein, man nannte es „benachteiligt“ — zu dreißig Jahren Festung. 1837 schickte man ihn auf die Festung Olonau, wo es ihm verhältnismäßig besser als bisher erging, denn er bekam wenigstens Bücher zum Lesen und durfte auf dem Wall spazieren gehen. Leider dauerte die Freude nicht lange; sechs Wochen später wurde er nach Magdeburg geschickt in ein schreckliches Festungsgefängnis, wo er besonders hart geschnitten wurde. Von hier ging es nach Graudenz. Auf dem Wege dorthin mußte er nochmals bei strenger Kälte hundernd auf den bloßen Dienen liegend vier Tage lang in der Berliner Stadtverste verbringen. In seiner „Festungstid“ schloß er erweichend alle seine Erlebnisse, auch die letzten in der Festung Dornitz in Mecklenburg, wozu er schließlich von Preußen als „Ausländer“ ausgeliefert wurde. Als Friedrich Wilhelm III. 1840 starb und sein Nachfolger eine Amnestie erließ, kam er dann frei. Sieben Jahre des besten Lebensalters hatte er hinter Mauermauern verbracht, aber sein Humor war ungeschädelt.

Doch was sollte er nun beginnen? Von Landwirtschaft wollte der Vater nichts wissen, auch nicht von Malerei, obgleich Fritz Reuter darin einiges Talent zeigte. Der Vater verlangte, er sollte zum Studium

zurückkehren, und so ging der Sohn widerstrebend nach Heidelberg, wo er sich bald wieder dem Bummeln ergab. Der Vater sah nun ein, daß es so nicht weitergehen konnte, er rief seinen Friß nach Hause und beschäftigte ihn zunächst in seiner Landwirtschaft. Da er jedoch dort nie selbständig werden konnte, so begab er sich mit 22 Jahren als Volontär auf das Gut Demzin bei Malchin in die Lehre. Nach beendeter Lehrzeit kam er zu seinem Freunde Friß Peters nach Thalberg bei Treptow. Hier entstanden 1844 bis 1845 seine ersten größeren Entwürfe zur „Stromtid“.

Um diese Zeit starb der Vater und hinterließ seinem Sohn 6000 Taler, die er aber nur haben sollte, wenn er sich vier Jahre lang aller geistigen Getränke enthielt! Friß Reuter hat redlich versucht, die Bedingungen zu erfüllen, zumal auch eine Liebe zu der Predigerstochter Luise Kunze dabei eine Rolle spielte. 1847 suchte er eine Kaltwasserheilanstalt auf! Als er 1848 zurückkehrte, wurde er Vorsitzender des Reformvereins in seiner Heimatstadt und als Deputierter nach Gützkow und später als Abgeordneter nach Schwerin geschickt. Aber alle seine Hoffnungen schlugen fehl, so wie auch die politischen Hoffnungen der Revolution 1848 schlugen fehl. 1850 entschloß er sich, Schulmeister zu werden; er etablierte sich in Treptow als Zeichen- und Turnlehrer.

Sein Einkommen war jämmerlich, aber im nächsten Jahre fand er doch den Mut, seine geliebte Luise als Weib heimzuführen. Und nun erst begann sein Aufstieg als Dichter. Als er nach einer Erkrankung von der „Straßburger Zeitung“ totgesagt wurde, schrieb er die humorvollen Worte, die diese Zeilen des Gedankens beschließen mögen:

Wer ist mit hier tau Straßburg tod?  
Wer was so'n hübschen Grund?  
Sich was leben noch im Taglich Brot  
Und of im Leben odant.  
Worum denn, Grund, hast du mit an  
An hübsch rd in dat vangs?  
Et jest mit dine sinaten, Nam,  
Nied' lippig und Neuter of.

Fritz Reuter, Gedicht nach lebendig.

Ja, Friß Reuter ist noch heute lebendig!  
Berlin.

Einfluß auf Staatsverwaltung und Wirtschaftsführung ein. Vor der Staatsumwälzung standen im Vordergrund der Gewerkschaftsarbeit Aufgaben, die im fed. rativen Verhältnis zur Gesamtheit die einzelnen Berufsgruppen einer Lösung näherbringen konnten. Eine völlige Veränderung trat nach dem Jahre 1918 ein. Mit Anbruch dieses neuen Zeitabschnittes wurde der Aufgabenbereich der Gewerkschaften besonders in wirtschafts- und staatspolitischer Hinsicht erweitert. Die dringlichste Beachtung dieser Tatsache ist zur gründlichen Voraussetzung geworden für ein erfolgreiches einzelberufliches Wirken.

Am verständlicher zu werden, will ich in diesem Zusammenhang an eins erinnern, und zwar an die heute völlig veränderte Stellung des Staates (Staat als verwaltendes Organ betrachtet) als Arbeitgeber, Gesetzgeber und Schiedsrichter in wirtschaftlichen Streitigkeiten. Vor der Staatsumwälzung bewahrte der Staat bei Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, gebedt von einer Rechtsordnung, die soziale Kampfe in engen Grenzen hielt, und gestützt auf Militärmacht, sichere Finanzkraft und normalen Wirtschaftsgang eine in gewissen Grenzen bleibende Paktung. Der unauflösbare Kriegsausgang nötigte dem Staat eine völlig andre, mittelbare, aktive Anteilnahme an den Wirtschaftskämpfen auf. Als überwiegend und Ausführer der neuen Rechtsordnung ist der Staat in engste Verbindung getreten zu den Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter und Unternehmer. Durch die eingetretene Verarmung und starke Verschuldung (siehe Reparationslast) hat der Staat als Arbeitgeber ein begriffliches Interesse an möglichst geringer materielle und sozialrechtlicher Verpflichtung gegenüber seinen bei ihm beschäftigten Arbeitnehmern. Das kann der Staat aber nur verfolgen, wenn er die Rechtsgestaltung in dem Sinne beeinflusst, daß sie ihm Mittel gibt, mit denen er auch dem Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft die materielle Aufstiegsfähigkeit bezugen kann. Bekanntermaßen haben ja seine von ihm berufenen Schlichter von ihrem Recht auch reichlich Gebrauch gemacht. Wir brauchen nur an die eigenen Erfahrungen der letzten Jahre zu denken, um das nur noch der Seite der Arbeiterschaft gerichtete Bestreben staatlicher Machtanwendung zu erkennen. Die Tendenz dieser einseitigen Anwendung staatlicher Machtmittel und die klare Erkenntnis der den Staat dirigierenden Kräfte wurde während der Regierungsperiode eines Curo auch weniger Eingeweihten sehr deutlich bewußt. Ich brauche nur zu erinnern an die Kuberbefehle und ihre Auswirkungen für die Arbeiterschaft. Diese unlegbaren Tatsachen zwingen uns als Gewerkschaftler, die Steigerung unseres Einflusses auf die Staatsverwaltung in den Vordergrund unseres Strebens zu rücken.

Die Wahrnehmung der für die Arbeiterschaft nachteiligen Entwicklung läßt folgende Fragen entstehen: Worin liegen die Ursachen, daß der Staat seine Machtmittel in der gefühlten einseitigen Weise gegen die Arbeiterschaft zur Anwendung bringen konnte? Weshalb konnten wir in unserer sozialen Machtstellung so erheblich zurückgefallen werden? Welches Erachtens sind die Hauptursachen neben den außenpolitischen Einwirkungen und der innerpolitischen Hilfeleistung unserer Klassengegner der Mangel an geistiger Vorbereitung zur Staats- und Wirtschaftsführung, und im besondern ist es die in der Arbeiterschaft bis weit in die Funktionärkreise hineinreichende liberale Denkweise, der Mangel an sozialem Denken, die im Proletariat noch recht lockere klassenmäßige Anschauung. Sehr stark ist auch heute noch in der Arbeiterschaft der Glaube verbreitet, daß eine soziale Umstellung zur Wirtschaftsgemeinschaft nur eine rein äußere konstruktive Umgestaltung unserer sozialen Wirtschaftsbeziehungen bedinge, die geistige Umstellung des Menschen zur Gemeinschaft aber von nachgeordneter Bedeutung sei. Die Schuld für dieses bedauerliche Manko trifft allerdings die Arbeiterschaft zum allergeringsten Teil, den weitaus großen Teil Schuld haben diejenigen Volkskreise, die systematisch die Arbeiterschaft von jeder Mitarbeit an der Verwaltung des Staates fernhielten und ihr immer nur das Maß von Bildungsmöglichkeiten angedeihen, das ihnen zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft ungenügend erschien. Auch in den letzten Jahren hat die bestehende Klasse in Erkenntnis der der Arbeiterschaft anhaftenden Mängel gehandelt. Ihre besondere Aufgabe erblickte sie in der Befestigung der liberalen Denkweise im Proletariat (d. h. Festigung des Grundlages der ungenügenden wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit der Person). Daß die bestehende Klasse nicht ohne Erfolg wirkt, dafür zeugt die aus dem Proletariat stammende Anhängererschaft in den Bewegungen, die die Parole „Kampf gegen den Marxismus“ auf ihr Banner geschrieben haben. Das sind Produkte der bürgerlichen Abtötungs- und Verdeckungskunst.

Ungeachtet dieser für unsere Bewegung so überaus nachteiligen Erscheinungen und der Erkenntnis ihrer tiefsten Ursachen haben wir als Gewerkschaftler nach zweierlei Richtung zu wirken und unsere Organisationsform so zu gestalten, daß sie den Aufgabenkreis am zweckmäßigsten erfüllt. Die eine Seite unseres Wirkens weist uns in die Richtung der evolutionären Tätigkeit, der aufbauenden Wissensverbreitung. Die andre Seite nebietet uns revolutionäre Arbeit, rücksichtsloses Niederreißen der liberalen Anschauung und dafür den sozial denkenden und handelnden Menschen neuaufzubringen. Das letztere ist zweifellos die schwierigste, aber auch wichtigste Aufgabe, die wir nur langsam, in fortwährender Wechselwirkung mit den Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, über Lösung näherbringen können. Die teilweise Abhängigkeit unseres Geisteslebens von den Veränderungen der Gesellschaftsgrundlage darf uns nicht hindern, zumindest in unseren Organisationen inwieweit den letzten Schritt zu fordern, denn Staat Voraussetzung ist zum erfolgreichen Kampf um unser hohes und wichtiges Ziel. Neben durchdringender Schulungsarbeit zur Erkenntnis der geschichtlichen und wirtschaftlichen Ver-

hältnissen brauchen wir eine Erziehung zu klassenmäßigen Denken, zur Bewußtseinsentwicklung und Stärkung des Gemeinschaftsgefühls als Klasse. Der Nährboden in der Berufsorganisation ist meines Erachtens nicht besonders günstig zu einer starken Förderung der klassenmäßigen Anschauung, noch wird weniger zeugt die von manchen Berufsorganisationsformen getätigte gewerkschaftliche Schulungsarbeit von einheitlicher Richtung und Zielklarheit. Der Industrieverband als Organisationsform würde zweifellos ein günstigerer Boden sein für die zu leistende Vertiefung proletarischer Erkenntnis als der Berufsverband. Schon rein psychologisch wird das gemeinsam umschließende Band eines der graphischen Organisationen umfassenden Rahmenstatuts auf den einzelnen Berufsangehörigen einwirken. Er wird sich mit den übrigen graphischen Arbeitern in einer Kampfgenossenschaft fühlen. Der Mensch gewinnt mit der Ausdehnung des Bandes über den Kreis seines Berufs hinaus einen weiteren Gesichtskreis, der ihn stärker über seine engen Berufsinteressen hinaus empfinden läßt. Und darin erkenne ich höhere Nährkraft zu einer stärkeren Entwicklung der klassenmäßigen Anschauung.

Wer Gelegenheit hat, das Nebeneinander der verschiedenen graphischen Berufsangehörigen in den gemischten Betrieben zu verfolgen, wer nicht vorbeisieht an dem gar nicht seltenen Durcheinander der Betriebsvertretungen, die aus Angehörigen mehrerer Berufsorganisationen zusammengesetzt sind, der wird einsehen müssen, daß der Arbeiterschaft aus dem mangelnden Zusammenarbeiten schon mancher Nachteil entstanden ist. Auch in dieser Hinsicht wird der psychologische Einfluß aus einer gemeinsamen Organisation und einer einheitlichen Leitung nicht ausbleiben können. Die Gegner einer breiteren Organisation werden doch zugeben, daß, rein praktisch gesehen, z. B. die Unterführung der noch weniger geschulten Gewerkschaftsangehörigen von Seiten der andern gewerkschaftlich mehr erzogenen Belegschaftsglieder eine größere sein würde, wenn die Berufsgruppen organisatorisch vereint wären. Kein aus dem Gefühl heraus würde der Buchdrucker den Hilfsarbeiter, die Hilfsarbeiterin den Steindrucker und Buchbinder als Mitorganisationsangehörigen ansehen und daraus würde sich gegenseitiges stärkeres Vertrauen entwickeln. Diese psychologischen Einflüsse dürfen nicht unterschätzt werden, denn sie bewirken nicht allein Mitfühlen, sondern auch höheres solidarisches Handeln.

Die gewerkschaftliche Unreife dieser oder jener Gruppe ist auch ein bestes Argument, um die derzeitige Unweidmäßigkeit einer andern Organisationsform zu begründen. Ich habe mich bei solcher Begründung schon oftmals gefragt: Ja, ist denn nicht der höchste gewerkschaftliche Grundsatz die Pflege der Solidarität? Heißt nicht Solidarität soviel wie Unterstützung des Schwächeren oder der Schwächeren? Bewegen sich diejenigen, die so argumentieren, nicht im Widerspruch mit dem Grundsatz, der die Arbeiterschaft groß und mächtig gemacht hat? Oftmals wird dieser Widerspruch aber auch noch verstärkt durch die Aufmachung der materiellen Rechnung, indem hinzugefügt wird: Es könnte sein, daß Ihr durch den in Frage kommenden Zusammenschluß eine Einbuße an Eurem Einkommen erleidet. Wenn man so seine Meinung über eine Zweckmäßigkeitfrage begründet, die doch nur auf ideeller Grundlage basiert, dann halte ich solche Begründung nicht nur für fadenheilig, sondern für verderblich, und zwar deshalb, weil sie geeignet ist, die materielle Einstellung in der Arbeiterschaft, die ohnehin schon starke Voraussetzung des eigenen Ichs, noch zu vertiefen.

Sehr verbreitet ist auch der Auspruch vom Koloz mit lönernen Füßen, der mit dem Industrieverband geschaffen würde. Er sei inhaltlich ohne geistige Bindung und könne nur umständlich bewegt werden. Auch dieser Einwand ist einer von denen, dem auch in der Zukunft jede Beweiskraft fehlen wird. Worin soll denn der Industrieverband zunächst seine Zweckfüllung ersehen? In seinen ideellen Aufgaben, in einheitlicher Leitung der Erziehung zu sozialer Gesinnung und in der Schulung seiner Mitglieder in all den Fragen, die zum Verständnis unserer Stellung als Arbeiterschaft zum Staat und in der Wirtschaft beitragen können. Durch ein Rahmenstatut mit angelegter einheitlicher Beitrags- und Unterstützungsregelung, nach Verdienstklassen geordnet, wird das organisatorische Band geschlossen, das durch seinen äußeren gemeinsamen Charakter den einzelnen Organisationsangehörigen mit größerem Nachdruck auf das gemeinsame Kampfziel hinweist. Der organisatorische Zusammenschluß ist das nächstliegende Ziel. Der gemeinsame Abschluß eines Manteltarifs und die Lohntarifabschlüsse in einer der Organisations zweckentsprechenden Form sind Aufgaben, die früher oder später nachfolgen.

Sinhäufig der Intensität der Gewerkschaftsarbeit wird der „Koloz mit lönernen Füßen“ Industrieverband keinesfalls weniger leisten als der Berufsverband, denn, wer hindert uns daran, den jetzt bestehenden, bis in den kleinsten Betrieb hineinreichenden Funktionärapparat in der gleichen Ausdehnung beizubehalten, um in verstärkter Form für Aufklärung zu sorgen? Aber, und hier kommt das Wesentlichste, die Erziehungsarbeit würde in der breiteren Organisationsform von einer einheitlichen Leitung ausgehen, Zielklarheit und Richtungs einheit in sich bündeln.

Noch ein paar Worte zu der aus der technischen Entwicklung heraus resultierenden Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der graphischen Organisationsformen. Die Meinungsstrenge über die Abgrenzung des Arbeitsfeldes hat schon manches Mal tiefgehende Gegensätze zwischen den Berufsarten hervorgerufen. Der wesentliche Unterschied bei der Schöpfung solcher Differenzpunkte ist der, daß ankämpfende Gegensätze zwischen den Berufsarten im Rahmen der Berufsorganisationen nicht beseitigt werden, während Differenzpunkte zwischen den Berufs-

organisationen schon Formen angenommen haben, die sich zum Schaden der bestellten Verbände auswirken müssen (siehe Fall Launen). Wenn man aber gar aus dem Auftauchen solcher Differenzen Gründe herleiten will, die die fehlende Reife für eine breitere Organisationsform beweißen sollen, so beweist das nur die Schwäche solcher Argumente. Denn man überflieht vollständig die Kleinigkeit, daß die fehlende Existenzsicherung des Lohnarbeiters die tiefste Ursache zu solchen Differenzpunkten ist. Die Existenzunsicherheit ist aber der Lebensnerv für das Fortbestehen der Individualwirtschaft. Somit ist an eine restlose Beseitigung der Meinungsverschiedenheit über die Abgrenzung des Arbeitsfeldes nicht zu denken, solange die kapitalistische Wirtschaftsform besteht. Es kann also nur eine Milderung auftauchender Gegenläufigkeit erstrebt werden und deren Schlichtung in einer die Arbeiterchaft wenig schädigenden Form. Das letztere verbürgt die breitere Organisationsform zweifellos mehr als organisatorisch getrennte Berufsorganisationen. Die Entwicklung der Technik wird in der kommenden Zeit mehr als bisher vorwärtsgeändert werden. Die Folge davon wird ein weiteres Beweisen der Grenze des Arbeitsfeldes sein für die eine oder andre Berufsgruppe, und damit tritt auch eine Vermehrung der Differenzpunkte zwischen den Berufsorganisationen ein. Die Mahnung zum engeren Zusammenschluß wird noch enger, wenn wir in dem Zusammenhang die Befassung der deutschen Wirtschaft und des Staatshaushaltes betrachten als Folge der Reparationsschuld, deren Abtragung doch zum Hauptteil in letzter Linie die Arbeiterchaft als Lohnempfänger und Konsument belasten wird.

Das Problem der Steuerlastenverteilung wird in den nächsten Jahren die Gewerkschaften noch weit mehr als bisher beschäftigen. Zum andern verlangt das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen die ernsteste Betrachtung auch von Seiten der Gewerkschaften. Weniger Wortradikalismus, weniger Bruderkampf und um so mehr proletarisches Empfinden und klassenmäßige Anschauung hätten der Arbeiterchaft sicherlich manche Enttäufung im Laufe der vergangenen Jahre erspart. Bergangesen ist leider nicht ungeheben zu machen. Aber lernen müssen wir aus den Fehlern. Die Ursachen müssen wir erkennen und müssen den Versuch machen, sie zu beseitigen oder wenigstens soweit als möglich zu mildern.

Die Gewerkschaften sind und werden in der Zukunft noch mehr die maßgebendste und für den Ausgang der sozialen Machtkämpfe ausschlaggebendste proletarische Massenorganisation sein. In der überaus gespannten innerpolitischen Lage Deutschlands kann uns jeder Tag neue Wahlen, neue Situationen bringen, bei denen der vorhandene Reifegrad des deutschen Proletariats entscheidend sein wird, und nicht nur für die innerdeutsche soziale Gestaltung, sondern für die gesamte internationale proletarische Bewegung.

Von der hohen Bedeutung der Gewerkschaften in den kommenden sozialen Machtkämpfen überzeugt, getragen von der Erkenntnis, daß die tiefste Ursache zu dem Rückgang unserer sozialen Machtposition im Staate mangelndes Klassenbewußtsein, mangelnde soziale Erkenntnis ist, trete ich ein für eine Änderung der Organisationsform. Der graphische Industrieverband ist ein geschichtlich notwendiger Schritt, den wir gehen müssen, um die geistigen Voraussetzungen zukünftiger erfolgsversprechender Klassenkämpfe zu stärken. Die breitere Organisationsform ist aber auch gleichzeitig ein Mittel, um das in der Nachkriegszeit in einem Teil des Proletariats erwachte Persönlichkeitsbewußtsein in die Wege leiten zu können, die uns nützen in unserm gemeinsamen Kampf um aktive Anteilnahme an Staats- und Wirtschaftsleitung.

Suchen wir die Zeit zu verstehen und lernen wir aus ihr, dann wird uns die Zukunft manche Enttäufung ersparen!

Leipzig.

Stürz.

## Aus dem Genossenschaftsleben Wirtschaftskrise und Konsumgenossenschaften

Nach langer Pause wird der „Korr.“ seine informativische Berichterstattung über die Genossenschaftsbewegung wieder aufnehmen. Das ist erfruchtlich, einmal deshalb, weil es beweist, daß die wirtschaftliche Erholung allmählich in die Erscheinung tritt; zum andern deshalb, weil die absolute Notwendigkeit sich ergibt, nach und in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise mit gesteigerter Energie für die Entwicklung einer Wirtschaftsbewegung tätig zu sein, die gemäß ihrem Wesen und ihrer organisatorischen Stärke wie keine andre geeignet ist, die erlebten kapitalistischen Profitorgien mit abwechselnden finanziellen Ohnmachtsanfällen in Zukunft unmöglich zu machen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise setzt, wenn die zurzeit am Ruder befindlichen politischen Kräfte Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Englands und Amerikas in der Reparationsfrage zum Ziele kommen, den Schlußstein hinter eine Wirtschaftsperiode, an die man rückblickend nur mit einem Schauer denken kann; geistesverwandt mit den Ergebnissen des voraussehungsreichen vierjährigen Krieges, der den Grund zu ihr legte.

Die Konsumvereine bilden keine Fatale im Meere des Wirtschaftslebens; ihre Entwicklung ist weithin davon beeinflusst, ob es gesund oder krank ist. Und wie krank war dies Wirtschaftsleben 1923, und wie liegt es heute? Die Inflationsperiode des Jahres 1923 waren eine Todeskrankheit der deutschen Wirtschaft, welche ab Mitte November des Vorjahres durch eine langsam sich abzeichnende Entkräftungskrise abgelöst wurde, die in den letzten Wochen zur akuten Existenzkrise umschlug und heute wieder von neuem die Wirtschaft in den Abgrund zu reiten droht.

Die Krankheitsphasen des Jahres 1923 haben die Konsumvereine ver-

möglicherweise der ihnen innewohnenden Lebenskraft zu überleben vermocht; ja, als ein besonderes Zeichen ihrer Bewertung bei den breiten Volksmassen kann festgesetzt werden, daß sie ihre Organisationsbasis noch vergrößert haben: trotz vermindelter Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Warenversorgung und verläufiger Schließung der Metallbedarfsliste, um die vorhandenen Waren dem „Stamm“ zu erhalten, haben die Konsumvereine Hunderttausende neuer Mitglieder (Familien) gewonnen — in einem Zeitraum, wo beispielsweise die Gewerkschaften ebensoweit oder noch viel mehr verloren haben. (Nebenbei bemerkt: auch ein Zeichen der Geschlossenheit oder des Zerwürfnisses infolge parteipolitischer Auseinandersetzungen in Organisationen, deren Gebiet eben nicht die hohe Politik ist.)

Aber sie leiden ebenso an Entkräftung wie die gesamtdeutsche Wirtschaft. Die Betriebsmittel sind wertlos geworden und von den Mitgliedern sind die neu beschlossenen Goldmarkgeschäftsanteile nur langsam und in so homöopathischen Dosen hereinzubekommen, daß die Konsumvereine sich ebenfalls als Kreditfuchende an den allgemeinen Kapitalmarkt wenden müssen, um die Existenz aufrechtzuerhalten. Wenn die rund vier Millionen deutscher Konsumvereinsmitglieder *w i l l e n*, was es bedeutet, zur Führung des Geschäfts 60 bis 80 Proz. Jahreszinsen für Bankkredite zu zahlen, dann würden sie vielleicht die heroische Infanterie finden, monatlich 3 Goldmark Geschäftsanteil bis zum Gesamtbetrage von 30 M. pro Mitglied einzubezahlen. Denn dann würde das zur Verfügung stehende Eigenkapital die Geschäftsführung von den richtigen Zinssinsen befreien und die Mitglieder würden in Form niedrigerer Warenpreise oder von Rückvergütung mindestens die 3 bzw. 30 M. im *s e l b e n* Zeitraum wieder *z u r ü c k e r h a l t e n*, in dem sie „ausgegeben“ wurden!

Die Konsumvereine würden bei der heutigen Notlage der Warenlager als kaufmännische Zweckmäßigkeitsmaßregel oder durch Konkurs, Ausverkauf usw. riesige Konkursgewinne beim Einkauf machen können, wenn — ja, wenn! — — — Sozial ist sicher: Wenn der *P r i v a t w i r t s c h a f t* die Möglichkeit gegeben wäre, in so verhältnismäßig leichter Weise sich die flüssigen Betriebsmittel zu sichern — die Gelegenheit würde *n i c h t* verpaßt werden! Man sage nicht, die Mitglieder der Konsumvereine könnten eine *L e i s t u n g* nicht aufbringen, die im gleichen Zeitraum durch eine *G e g e n l e i s t u n g* ausgeglichen wird. Ja, soweit es sich um arbeits-, also einkommenslose Mitglieder handelt, aber diese geben *n i c h t* den Ausschlag. Abzinsen wäre auf der andern Seite auch *b e r e i n* Lebensunterhalt erleichtert, wenn durch eine *m e h r v o l l s w i r t s c h a f t l i c h e* *D e n k w e i s e* die genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen den Maßnahmen der Konsumvereinsverwaltungen das *B e r e i t s t a n d n i s* entgegengebracht würde, das sie verdienen und das sich — *s o g u t b e z a h l t* macht.

In diesem Punkte aber hat die *d e m o k r a t i s c h e* Wirtschaftsführung der Konsumvereine Widerstände zu überwinden, die nicht zu schroff mit dem „Unverstand der Massen“ summiert werden. Was hat in diesem Punkte die *a u t o k r a t i s c h e* Kapitalwirtschaft voraus! Zu ihrem Glücke, denn sonst würde sich gerade in dieser Zeit des Geldmangels und der Kreditnot *e r w e i s e n*, was die Genossenschaftswirtschaft — *v o r a u s* hat.

Zu diesem trüben Kapitel der Einsichtslosigkeit der großen Massen der Konsumvereinsmitglieder in die Bedingungen ihrer vitalsten Eigeninteressen gehört auch die Frage des *U m s a t z e s* in den Konsumvereinen. Ist doch — nach vorangegangenen *S t e i g e r u n g e n* seit Januar 1924! — ein Durchschnittsumsatz von höchstens 20 Goldmark per *F a m i l i e* im Monat *M a i* festzustellen. Bei aller Würdigung der gesunkenen Kaufkraft der Massen wird doch wohl kein Mensch den Nachweis zu führen vermögen, wie sogar ein *E r w e r b s l o s e r* nicht in der Lage wäre, *m e h r* als diesen Betrag in einem Monat auszugeben. Ein Durchschnittsumsatz von 60 M. für den Monat im Konsumverein entspricht sicherlich nur einem Minimum der physischen Lebensbedingungen und dem Durchschnitt der Einkommensverhältnisse von heute, welches zur *F ä h i g k e i t* für die von Konsumvereinen geführten Waren verbraucht werden *k a n n* oder *m u ß*.

Wenn auch in diesem wichtigen Punkt der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung die *E i n s i c h t* der genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen in die Bedingungen ihrer vitalsten Eigeninteressen *v e r s a g t*, so haben die Folgen hierfür nur die Verantwortlichen selbst zu tragen. Man beachte: vier Millionen Familien der Konsumvereine haben statt eines 20-Mark-Umsatzes einen solchen von 60 M., so stehen im Effekt für das ganze Jahr 2400 Millionen gegen 900 Millionen Mark einander gegenüber. Dabei bleiben die Betriebskosten nahezu gleich, d. h. im Verhältnis des Umsatzes werden sie bei dem *M e h r u m s a t z* von 1440 Millionen um mindestens 50 Proz. herabgedrückt, und der *w i r t s c h a f t l i c h e* *N u ß e f f e k t* würde bedeuten, daß die Geschäftsanteile von je 30 M. für vier Millionen Mitglieder im Gesamtbetrage von 120 Millionen Mark statt durch *N ü t z v e r ä u t u n g* gedeckt werden könnten und damit zu mehr als 100 Proz. „aufgewertet“ wären! Leider wird diese Adam-Riese Rechnung *w e d e r v e r s t a n d e n*, noch, wenn demonstriert: *b e h e r z i g t*.

Indes: Man braucht nicht so ganz hart zu urteilen, denn die immerhin langsam ansteigenden Umsätze zeigen, daß die noch mangelnde Einsicht in die zusammenhängende finanzwirtschaftlicher Bedingtheiten und Wechselwirkungen wächst, und ein aus parteipolitisch genährtes Mißtrauen der Konsumvereinsmitglieder in ihre eigene Sache allmählich weicht. Summt durch die einsetzende genossenschaftliche *U n f e h l e r a r b e i t*, der auch der „Korr.“ erkenntlicherweise dient, der finanzwirtschaftliche Gedanke wieder *s u n d e r*, anstatt eben von dem rechten welt-

wirtschaftlichen Ziel der Genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft, dann sind die zehn hinter uns liegenden Jahre Kriege- und Wirtschaftsnot auch für die Konsumvereine etwas — G e w e s e n e s.

Und die organisatorischen Fundamente der Konsumvereinsbewegung sind breiter und stärker als jemals; auf ihnen baut man leicht und sicher, wenn die haus- und volkswirtschaftliche Einsicht wächst. [ : ]

### Korrespondenzen

**Bayreuth.** Die am 22. Juni hier abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung war von etwa 80 Kollegen aus den Bezirksorten Bayreuth, Hof, Kulmbach, Münchberg und Naila besucht. Die Versammlung wurde durch einen Jubiläumsmarsch, der den Jubilaren gewidmet war, sowie durch ein Eröffnungsgedicht des Arbeitergesangvereins „Union“ eingeleitet. Nachdem Vorsitzender Grobmann einen kurzen Situationsbericht über die Zeit der letzten, vor einem Jahre abgehaltenen Bezirksversammlung gegeben hatte, wurde die Ehrung der Jubilare vorgenommen. Ein Kollege konnte auf seine vierzigjährige und sechs Kollegen auf ihre fünfundwanzigjährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Das Referat über: „Organisatorische und wirtschaftliche Zeitfragen“ erstattete Gauvorsitzer Hemmerich (München). Er verstand es in musterhaftiger Weise, den Kollegen ein klares Bild zu zeichnen. Seine beifällig aufgenommenen Ausführungen waren in der Hauptsache ein Appell an die jungen Kollegen. Hierauf berichteten die Vorsitzenden aus den Bezirken über die örtlichen Verhältnisse, aus welchen hervorging, daß im allgemeinen die tariflichen Verhältnisse als gute zu bezeichnen sind. Als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung wurde Vorsitzender Grobmann in Vorschlag gebracht. Nach Erledigung verschiedener Bezirksangelegenheiten hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht. — Anschließend an die Versammlung fand nachmittags zu Ehren der Jubilare das Johannisfest, verbunden mit Konzert, Theater und Tanz, statt. Die Feste hatte Kollege Hemmerich übernommen.

**Unterbezirk Chemnitz.** Unser diesjähriges Bezirks-Johannisfest fand am 22. Juni in Lichtenstein-Callenberg statt. Leider machte es das regnerische Wetter unmöglich, die Feier im Freien abzuhalten und noch mehr Kollegen begrüßen zu können. Trotz unvermeidlicher Einschränkungen war der Verlauf ein angenehmer, wozu besonders das beifällig aufgenommene Konzert der Stadtkapelle beitrug. Nach einer Begrüßung des Vorsitzenden des Unterbezirks, Kollegen Lautz, hielt Gauvorsitzer Dertelt (Chemnitz) die Feste.

**Döbeln-Rohwehn.** Sein 25jähriges Stiftungsfest, verbunden mit 30jähriges, feierte unser Ortsverein unter Teilnahme mehrerer Kollegen aus den Bezirken in erster Buchdruckerweise am 28. Juni im „Schweizerhaus“ zu Niederstriesis. In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende Fröhel einen Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre Vereinsleben und gedachte dabei in ehrender Weise der Kollegen Herrmann I. (Döbeln), der 43 Jahre unserer Organisation angehört, Otto Starke (Sena) und M. Lange (Dresden), die uns als Mitbegründer bekannt sind, sowie auch der Kollegen Karl Buchholz und Paul Sehl (Döbeln), die seit 30 bzw. 29 Jahren treu zu unserm Verbandsverbande gehalten haben. Im Mittelpunkt der Feier stand eine gehaltvolle Rede unfres Gauvorsitzers Freitag (Dresden), in der er die Glückwünsche des Gauvorstandes übermittelte und als Angebinde des Gaues den Betrag von 50 Mk. überreichte. Diese Summe soll zur Beschaffung gewerkschaftlicher Literatur verwendet werden. Redner betonte, daß es auch in Zukunft dringend nötig sei, sich fest um das Banner der Organisation zu fassen, damit es möglich wird, am Kulturauftiege der Arbeiterklasse im allgemeinen und der Buchdrucker im besonders tatkräftig mitzuwirken. Mit dem Wunsch, daß der Ortsverein auch im nächsten Vierteljahrhundert seine Tätigkeit im Interesse der Organisation fortführen möge, schloß Kollege Freitag seine Ausführungen, die in ein begeistertes Hoch auf Ortsverein und den Verband ausklangen. Ein Prolog, gesprochen von Fräulein Schneiderei, und ein von einem Döbelner Kollegen verfaßtes Festlied sowie Musik- und Gesangsvorträge verschönten die Feier, die bis zum „frühen“ Ende von altem, kollegialem Buchdruckergeiste durchweht war.

**Br.-Holland.** Sämtliche hiesigen Kollegen waren sich dahin einig, mit Eintritt besserer Verhältnisse zur Gründung eines Ortsvereins zu schreiten. Durch den guten Geschäftsgang war die Zahl der Gehilfen auf 12 gestiegen und es wurde durch Beschluß der hiesigen Kollegenchaft am 28. April der Ortsverein Br.-Holland gegründet. Besonderer Umstände halber konnte die Gründungsfeier nicht am Tage der Gründung, sondern erst am 11. Juni stattfinden, bei welcher Gelegenheit auch unser Gauvorsitzer H. Reischer anwesend war und uns mit einem längeren Vortrag und guten Ratschlägen zur Seite stand. Kollege Paul Sagan wurde als Vorsitzender, Kollege Paul Klimenta als Kassierer und Schriftführer gewählt. Die Gründungsfeier hielt alle Kollegen bis zu später Stunde gemüthlich beisammen.

**Bad Münstingen.** Nach langer Zeit weckte unser Gauvorsitzer Hemmerich (München) wieder einmal in unser Mitte. Nach entsprechender Begrüßung durch den Vorsitzenden Falkenberger referierte Kollege Hemmerich über das Thema: „Die wirtschaftliche und tarifliche Lage im Buchdruckerberufe“. In einem fast einstündigen Referat führte unser Gauvorsitzer alle wichtigen Punkte den anwesenden Kollegen vor Augen, wofür ihm am Schluß bestens gedankt wurde. Zahlreiche Anfragen wurden von ihm beantwortet. Kollege Trellsch hat den Gauvorsitzer, auf dem Sammler-Verbandstage dafür einsetzt, daß für die Mitglieder mit über 1000 Beiträgen höhere Unterstützungssätze festgesetzt werden. Später kam auch noch die Diebstahl in ihrem Rechte.

**Leipzig. (Korrektoren — Salbahaarsbericht.)** In vier unbeschulden Mitgliederversammlungen nahmen die Leipziger Korrektoren und Revisoren zu den wichtigsten gewerkschaftlichen Tagesfragen Stellung. Um nur zwei richtunggebende Vorträge hervorzuheben: Kollege Stürz, unser zweiter Gauvorsitzer, sprach über die kulturelle Bedeutung des Auktionsentages. Seine tiefgründigen Ausführungen boten Gelegenheit, zu betonen, daß es besonders dem Korrektor physikalisch unmöglich ist, auf die Dauer länger als acht Stunden voll verantwortlich und ohne schwere gesundheitliche Schädigung tätig zu sein. — Ein Vortrag des Vorsitzenden der Korrektorenvereinigung im Gau Dresden, Kollegen Sahmann, gab der beruflichen und organisatorischen Tätigkeit der Korrektorenparte in überzeugender Weise Ziel und Richtung. In berebten Worten wies der Vortragende auf die Notwendigkeit hin, der Spartenbewegung im ureigensten Interesse nach wie vor eifrige Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn wir neben den andern Sparten und gegenüber der Prinzipalität bestehen wollen. Der Ausgang der Tarifverhandlungen erregte große Mißstimmung. Eine Entschickung, in der zum Ausdruck kommt, daß wir nach wie vor an der Schaffung von Sonderbestimmungen und der Forderung von 20 Proz. über Tariflohn festhalten und diese Forderung als gleichwertig im Interesse der Gesamtkollegenchaft liegend mit Gleichheit vertreten, fand einstimmige Annahme. — Ein Unterhaltungsabend zum Besten unsrer arbeitslosen Kollegen vereinigte unsere Mitglieder fast vollständig und erfüllte seinen doppelten Zweck: der Kollegialität zu dienen und einen geloblichen Gewinn zu bringen, in hinreichendem Maße. — Nach so unser Streben nach wirtschaftlicher Besserstellung unsrer Kollegen den weitaus größten Teil unsrer Vereinstätigkeit in Anspruch, wurde daneben doch in überlieferter Weise der beruflichen Fortbildung gedacht. Angesichts des bevorstehenden Hamburger Verbandstages und des Korrektorentages unterstreichen wir die Pflicht jedes einzelnen Kollegen, wiederum tatkräftig am Vereinsleben Anteil zu nehmen, damit die wichtigen Tagungen der Ausgangspunkt sein möge für gewerbliche Gesundung, die auch unsern engeren Berufskollegen dauernd befriedigende Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bringen soll.

**Magdeburg.** Nach längerer Pause, hervorgerufen durch den Krieg mit seinen Inflationsfolgen, fand am 22. Juni erstmalig wieder eine Bezirksversammlung statt, verbunden mit 30jähriges, statt. Eingeleitet wurde sie vormittags durch eine reichhaltig ausgestattete und gut besuchte Drucksachenausstellung im Bürgeraal des Rathauses. Um 2 Uhr nachmittags versammelten sich dann die Kollegen im Prunkaal der „Wilselma“ — in deren gelanten Räumen auch das Johannisfest gefeiert wurde — zur Bezirksversammlung. Nach einem beifällig aufgenommenen Begrüßungsliede, vorgelesen vom „Grafischen Gesangsverein“, wurde die Versammlung vom Bezirksvorsitzenden Kunze eröffnet. Er begrüßte die Kollegen, insonderheit diejenigen, die aus den Bezirken Burg, Schönebeck, Genthin, Eilsleben, Neuhaldensleben usw. erschienen waren. Eine besondere Freude war es jedoch, als Mitglied des Verbandsvorstandes den Kollegen Höbner in unser Mitte begrüßen zu können. Leider konnte infolge vorgerückter Zeit die gesamte Tagesordnung nicht erledigt werden. Kollege Höbner hielt einen Vortrag über „Gewerkschaftskämpfe unsrer Zeit“, der beifällig aufgenommen wurde. Darauf folgten die Vorschläge der Kandidaten zum Gau-tag. Unter „Berkhiedener“ benutzte Kollege Steffenhagen als Vorsitzender des Ortsvereins Burg die Gelegenheit, um die Anwesenden zum 50jährigen Stiftungsfest des Ortsvereins Burg im Herbst schon jetzt einzuladen, was auch freudig angenommen wurde. Das im Anschluß an die Versammlung gefeierte Johannisfest, das sehr gut vorbereitet war, nahm einen gelungenen Verlauf. Hervorgehoben sei, daß eine Abteilung Damen und Herren vom Turnverein „Blitz“ (Arbeiterturnerbund) sich in ungewöhnlicher Weise dem Festkomitee zur Verfügung stellte und viel mit zur Verschönerung des Festes beitrug. Dank ihnen auch an dieser Stelle.

### Allgemeine Rundschau

**Zum internationalen Kampf um den Auktionsentag.** Die deutsche Regierung hat bekanntlich auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf mit ihren bruttalen Erklärungen über den Auktionsentag die deutsche Arbeiterschaft vor den Kopf gestoßen und zugleich im Ausland den Eindruck erweckt, daß sie in Fragen der Sozialpolitik mit bösartig nationalstiller Überheblichkeit jede internationale Regelung von der Hand weise. Der Bericht, den der Vertreter der deutschen Regierung, Oberregierungsrat Leymann, dem Reichsarbeitsminister über die Wirkung der deutschen Erklärungen zustellen wird, dürfte diesem hoffentlich klarmachen, wessen Gesandte er mit seinen ungläublich törichtsten Instruktionen besorgt hat. Die Kritik an der Haltung der Regierung hat inwischen auch in der bürgerlichen demokratischen Presse einsetzt, besonders scharf in der „Frankfurter Zeitung“, die u. a. darauf hinweist, daß Deutschland das einzige Land ist, das in den fünf Jahren der Mitarbeit noch kein einziges der etwa 30 beschlossenen internationalen Übereinkommen ratifiziert hat. Die „Vossische Zeitung“ rückt energisch von der allgemeinen Offensive der Unternehmerpresse gegen die Genfer Arbeitskonferenz ab und scharf der deutschen Regierung folgendes ins Stammbuch: „Man muß allerdings fragen, ob die deutsche Regierung nun daran setzt, vor einer Konferenz, die zusammengekommen war, um ein internationales Übereinkommen aufzunehmen, und deren einkaufendste Mitglieder sich für die internationale Bindung ausgesprochen haben, eine so scharfe Abkante zu erteilen. Man wird unwillkürlich an gewisse Parolmotive erinnert, die sich 25 Jahre zuvor auf dem Friedenskongreß in

Haag abgepflegt haben, wo es Deutschland fertig brachte, durch ungeschickte Erklärungen sich zum Störenfried Europas zu stempeln. In die traurige Episode vom Haag gemahnt es auch, wenn der deutsche Reizungsvertreter in Genf glaubt, die Souveränität Deutschlands verteidigen zu müssen, die doch gar nicht angegriffen war." Das deutet sich sachlich durchaus mit dem, was wir zu dem unklugen Verhalten der deutschen Regierung auf der internationalen Arbeitskonferenz in Nr. 37 kritischer bemerken.

**Neue Zeitschrift für Gewerbehygiene und Unfallverhütung.** Wir wurden ersucht, darauf hinzuweisen, daß die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in Verbindung mit dem Frankfurter Institut für Gewerbehygiene und in Fortführung des früheren „Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ eine Zeitschrift herausgeben wird, deren erstes Heft Mitte Juli erscheinen soll. Die neue Zeitschrift wendet sich an alle an Gewerbehygiene und Unfallverhütungsmaßnahmen interessierten Kreise und wird besondere Rücksicht auf die Wünsche und Bedürfnisse der Praxis nehmen. Die engere Fachredaktion liegt in den Händen der Herren Professor Dr. Curschmann (Mölsen, Kreis Bitterfeld) für den medizinischen Teil, Senatspräsident Geh. Regierungsrat Dr. Fischer (Berlin W 10, Köniigin-Augusta-Straße 6) für den technischen Teil und Geheimrat Dr. Leymann (Berlin) für allgemeine Angelegenheiten bzw. solche nicht ausgesprochen medizinischer oder technischer Art, an welche alle redaktionellen Zuschriften zu richten sind. Für Dr. Leymann bestimmte Sendungen vermittelt die Geschäftsstelle der Gesellschaft. Die Zeitschrift erscheint im „Verlag Chemie“, G. m. b. H., Leipzig, Bismarckstraße 2. Sämtliche Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Der Abonnementspreis für die monatlich erscheinende Zeitschrift beträgt jährlich für Mitglieber der Gesellschaft 6 M., für Nichtmitglieder 9 M. Zu weiterer Auskunft ist die Geschäftsstelle der Gesellschaft Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9, jederzeit bereit.

**Eine neue sozialwissenschaftliche Forschungstätte.** In Frankfurt a. M., wo es in einer Gruppe wohlhabender Bürger zur Tradition geworden ist, einen Teil ihres Vermögens für wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung zu stellen, wurde — wie wir im „Vorwärts“ lasen — aus Stiftungsmitteln ein Institut für Sozialforschung errichtet. Das in der Nähe der Universität gelegene Gebäude des Instituts umfaßt Arbeitsräume für Forscher sowie eine eigene Druckerei und Buchbinderei. Der wichtigste Besitz ist eine sozialwissenschaftliche Bibliothek, die heute bereits 12 000 Bände zählt. Das neue Institut wird sich ausschließlich der Forschungsarbeit widmen. Eine Lehrtätigkeit, wie an den Universitäten, ist nicht damit verbunden. Damit entfallen auch alle Rücksichten, die die Universitäten heute auf eine möglichst umfassende Berufsvorbildung der Studierenden nehmen müssen. Junge Soziologen, vor allen Dingen wohl Akademiker, werden, nachdem der Leiter des Instituts sich von ihrer Eignung überzeugt hat, in das Institut aufgenommen. Es werden von dem Leiter alljährlich eine oder mehrere große Aufgaben gestellt, an deren wissenschaftlicher Lösung die Kräfte der Forscher zusammenwirken sollen.

**Der ADGB zum Arbeitslosenproblem.** Der Bundesvorstand des ADGB und die von ihm zusammenberufenen Bezirksleiter des Reiches nahmen am 4. und 5. Juli zu einigen dringenden Fragen der Erwerbslosenfürsorge Stellung. Es soll vor allem Vorbehalte getroffen werden, um eine größere Einheitlichkeit zwischen Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung herzustellen. Die in allen Bezirken des Reiches beobachteten unzureichenden Härten bei der Zubilligung der Erwerbslosenunterstützung, der Nichtunterstützung großer Massen Erwerbsloser machen eine schleunige Abwägung der bisherigen Verordnung durch ein Arbeitslosenversicherungsgesetz, das ein der Beitragspflicht entsprechendes Unterhaltungsrecht der Versicherten gewährleistet, notwendig. Bis dahin muß jedoch verhindert werden, daß die Verwaltungsbehörden wegen angeblich „mangelnder Bedürftigkeit“ oder weil die Erwerbslosigkeit nicht „Kriegsfolge“ ist, große Massen tatsächlich bedürftiger Erwerbsloser ohne Unterstützung lassen. Die Kurzarbeiterunterstützung muß wieder eingeführt werden. Abzulehnen ist der Versuch, alle die Erwerbslosenfürsorge betreffenden Maßnahmen grundsätzlich nur den Ländern zuzuwenden. Die Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reich darf nicht zerstört und die Zusammenfassung aller die unterstützende und die vorbeugende Erwerbslosenhilfe betreffenden Aufgaben muß im Gegenteil beschleunigt durchgeführt werden. Dieses kann nur unter der tatsächlichen und verantwortlichen Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber geschehen. Hierzu sind die Landesämter für Arbeitsvermittlung berufen. Diese sind zweckentsprechend auszubauen und mit genügend weitgehenden Verwaltungsbefugnissen auszustatten. Es muß abgelehnt werden, die Beitragsfestsetzung für einzelne Bezirke durch den Verwaltungsausschuß irrendes ortsliche Arbeitsamt vorzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter werden aufgefordert, dahingehenden Ansuchen der Regierungsbehörden nicht zu entsprechen.

**Der Arbeitsmarkt im Mai 1924.** Wie das „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. Juli berichtete, zeigte der Arbeitsmarkt in verstärktem Maße Anzeichen einer Abschwächung der bisherigen Aufwärtsbewegung, daneben vereinzelte Vorboten ausgesprochener Verschlechterung. Je nach Industriezweigen und Wirtschaftsgebieten machten sich erhebliche Unterschiede in der Auf- und Abwärtsbewegung und gegenüber dem Vormonat geltend. Von einer ungünstigen Entwicklung der Beschäftigungslage im ganzen kann für den Berichtsmonat noch nicht gesprochen werden, obwohl die Entwicklungstendenzen entschieden eine absteigende Richtung weist. Die Krankenkassen meldeten eine Zunahme der Versicherungsbeitragspflichtigen bei 5539 Kassen (im Vormonat 5522) von 304 563 oder 3 Proz. (im April 5,9 Proz.). Bei den Arbeitslosen war es umgekehrt, eine im ganzen nicht ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes festzustellen. Es meldeten sich bei den Arbeitsnachweiser insgesamt 1 361 300 Arbeit-

suchende, d. h. fast ein Viertel weniger als im April. Im Gesamtdurchschnitt wurden von 100 Arbeitssuchenden 31 (im April 31) vermittelt und von 100 offenen Stellen 79 (im Vormonat 81) besetzt. Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge im neubefestigten Reichsgebiet zeigte nach der stetigen Abnahme in den Vormonaten erstmals wieder eine schwache Zunahme. Es wurden unterstützt am 1. Mai 310 547, am 15. Mai 242 189, am 1. Juni 209 101, am 15. Juni 214 486 Voll-erwerbslose. Die Kurzarbeitsstatistik zeigte eine rückläufige Bewegung. Von 34 Fachverbänden lagen Ende Mai Meldungen vor; bei diesen arbeiteten unter 3 209 530 Mitgliefern noch 263 252 verkürzt, d. h. 8,2 Proz. Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden (Gewerkschaften) wies eine weitere Besserung auf, ließ jedoch trotzdem schon ein Abflauen des bisherigen günstigen Verlaufs erkennen. Ende Mai betrug unter 3 704 695 in 38 Verbänden statistisch erfassten Gewerkschaftsmitgliedern die Zahl der Arbeitslosen 317 425, d. h. 8,6 Proz. (April 10,4 Proz.). Über die Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie ergab sich nach der reichsamtlichen Statistik folgendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband der Deutschen Buchdrucker	Allgemeiner Arbeiterverband	Altkonfessioneller und Einzelhandelsdrucker	Buchbinder	Gutenbergbund	Gewerkschaftlicher Zentralverband (christlich)	Gesamtheit aller deutschen Fachverbände
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
<b>1923</b>							
Januar . . . . .	8,4	2,6	3,5	4,5	3,9	—	4,4
Februar . . . . .	8,4	2,8	3,6	4,4	5,6	1,5	5,7
März . . . . .	11,3	3,1	4,8	9,8	5,2	3,0	5,7
April . . . . .	11,4	8,3	5,6	8,4	4,9	3,7	7,0
Mai . . . . .	11,2	8,5	5,3	7,5	3,0	18,5	6,2
Juni . . . . .	6,6	5,9	2,8	5,7	4,1	19,0	4,1
Juli . . . . .	8,0	5,6	3,4	4,7	3,2	16,3	3,5
August . . . . .	12,9	12,1	5,1	8,0	7,0	16,3	6,3
September . . . . .	17,8	7,3	12,4	12,3	11,5	22,0	9,9
Oktober . . . . .	19,0	9,0	—	15,3	14,2	—	19,1
November . . . . .	26,5	21,6	15,5	24,7	10,4	—	22,4
Dezember . . . . .	25,4	21,2	—	32,4	15,6	—	28,2
<b>1924</b>							
Januar . . . . .	18,8	23,8	—	27,0	8,5	54,1	20,5
Februar . . . . .	13,0	15,8	—	19,6	3,4	45,5	25,1
März . . . . .	5,9	10,8	4,7	11,0	2,0	28,8	16,6
April . . . . .	3,8	6,6	3,6	9,1	1,1	18,6	10,4
Mai . . . . .	3,1	5,6	2,0	7,0	0,4	17,1	8,2

**Wiedereinführung hoher Lebensmittelpreise.** Anstatt einer dringend notwendigen weiteren Senkung der Lebensmittelpreise ist in absehbarer Zeit höchstwahrscheinlich mit einem Anziehen der Lebensmittelpreise zu rechnen. Wie der „Vorwärts“ von unterrichteter Seite erfahren hat, ist der Entwurf eines Schutzollgesetzes bereits fertiggestellt. Der Entwurf soll u. a. auf den Doppelzentner im Vorragsstarke eine Belastung für Roggen von 5, für Weizen von 5,50, für Malzgerste von 4, für Futtergerste von 1,30 und für Hafer von 5 M. vorsehen. „Nur die allerdümmsten Rälber wähen ihre Metzger selber“, dieses Sprichwort scheint nach den letzten Reichstagswahlen für das deutsche Volk sich wieder einmal bewahrheiten zu sollen. Die Vorlage ist bereits an den Reichsrat gegangen.

**Literarisches**

**„W. W. 3.“** Festschau der „Mitteilungen des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger“ zur Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Stuttgart 1924. Diese festschauende Zeitschrift zu der kürzlich abgehaltenen Zeitungsverlegertagung legt in ihrer ganzen Aufmachung ein treffliches Zeugnis ab, daß Johann Gutenberg Kunst im Schwabenlande wieder auf aller achtunggebietender Höhe sich befindet; das schöne Papier erhöht den guten Eindruck noch. Die vielen eingestreuerten Abbildungen aus dem wunderbaren geographischen Eutnant bereiten das zusammenfassende Heft, ohne vordringlich zu werden. Daß den zahlreichen zeitungsähnlichen, drehwecklichen und halbzeitunglichen Beiträgen auch schwabische Reichstags- und Diätetikerarbeiten nicht fehlen, ist wohl ebenfalls dem Schöpfer dieser Festschau, dem Kreisvorsitzenden Direktor Esser, gut zuzurechnen.

**„Offener Buch- und Verlagsmarkt.“** Heft 1. „Das Blatt für Drucker, Verlagsleute und Verleger“ nennt sich diese vom Offener Verlag, G. m. b. H., in Leipzig, herausgegebene neue Fachzeitschrift, deren Preis für das Einzelheft 3 M. ist, Heft 1 bis 6 sollen nur 16 M. kosten. Es handelt sich hier um ein Unternehmen, das unter Einsatz einer ganzen Reihe von sachlichen Autoritäten, auch aus den wertvollsten Kreisen, sich auf das vorzüglichste einrichtet. Die Abhandlungen stehen auf hoher Stufe. Der Leseindruck zeigt sich in den Beilagen und in den Beilagen (Anzeigenheften) von der vorzüglichsten Seite. Wo Unternahmen in Betracht kommen, die manchmal sehr komplizierter Art sind, steht mitunter die am Buchdruck gewohnte Schärfe. Der gar zu bunte Charakter einzelner Buchumschlüsse liegt in dem behandelten Stoffe begründet.

**„Die Betriebsräte.“** Von Richard Seidel, 63 Seiten, 2,40 Goldmark. Verlag der Betriebsgemeinschaft Berlin. Das Buch macht den Versuch, Wesen und Aufgaben der Einrichtung von Betriebsräten und Funktionen der gewerkschaftlichen Bewegung abzuleiten von dem Wesen der Aufgabe der Betriebsräte und der Stellung der Gewerkschaften und Betriebsräte zur gewerkschaftlichen Umwelt. Ausgehend von den das soziale und wirtschaftliche Leben berührenden Teilen der Reichsverfassung und von dem in diesen Artikeln beklagten Willen zur Wirtschaftsgemeinschaft untersucht die Arbeit Stellung und Aufgabe des Betriebsrates in der wirtschaftlichen Gesamtheit und allen ihren Faktoren: Arbeitgeber, Unternehmenswert, Staatsgewalt. Und wiederum ausgehend vom Ergebnis dieser sozialwissenschaftlichen Untersuchung, stellt das Buch der Betriebsräte die pädagogische Aufgabe. Sie besteht in einer dem Zweck des Betriebsrates entsprechenden gezielten Sachaufklärung und in der Erzielung einer charaktervollen und sachlich fundierten Stellungnahme und zum Verantwortlichkeitsbewußtsein. Das Heft ist, Menschenkenntnis mit sachlicher Unterweisung zu verbinden. Wir wünschen dem Buchlein weiteste Verbreitung.

**Verschiedene Eingänge**

**„Der Moderne Buchdrucker.“** Heft 8, Mai 1924. Herausgegeben von der Wergenthafer Germaßsche Fabrik. An vorzüglicher Ausstattung und mit sehr guten Illustrationen wird auch ein Gebrauchsartikel für Lito Wergenthafer gehalten. Die auf einer Maschine, in einem Arbeitsgang, mit einem Tastenblock von einem Scher beherrschten Anzeigen in Wergenthafer (Berlin) zeigen auf, wie auch in den Anzeigen die Schraffur immer mehr eindringt.

**„Nordland.“** Monatsheft für Volkstum und Gemeinschaftspflege. Jahressubskriptionspreis 5 M. (Postgebühren 20 Pf.) zu beziehen durch den Nordland Verlag, Reutem auf Sylt.

„Beilage zum Buchdruckerlexikon in Chemnitz 1921.“ Ein kleines, gut orientiertes...

„Festschrift für das Berliner Buchdruckerverbandes.“ Festschrift Ausgabe 1921. Gießen...

„Deutsches Weltbild, Währung und Finanzen.“ Von Kurt Müller. 112 Seiten...

„Kaufmanns Handbuch der Handelskorrespondenz.“ Englisch für Kaufleute. Von Carl Müller...

Briefkasten

W. R. in N., F. B. in N. und C. E. in N.: Wird aufgenommen. — F. R. in St.: Er...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseestraße 511. Fernruf: Amt Rutzsch Nr. 1101...

Warnung! Der Drucker Fritz Wenzel aus Kellersgr. Form. hat auf Grund eines...

Inseratgebühr: Die schlaueste Seite 10 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Sorbidlungs- und Todesanzeigen...

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh zur jeweils nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postfach (Leipzig Nr. 673 28).

75jähriges Jubiläum des Ortsvereins Kossok am 12. und 13. Juli in der „Philharmonie“.

Flodertafel „Gutenberg“ Braunschweig Graphischer Gesangverein Magdeburg Sonntag, den 27. Juli: Zusammenkunft in Wernigerode

Philatelistischer Verein der Buchdrucker Zusammenkunft in Berlin Sonntag, den 13. Juli (nicht 22. wie in Nr. 58 angegeben).

Drei Linotypesetzer am 17. September gesucht. Bewerber müssen mehrjährige Praxis nachweisen...

Tüchtige Linotypesetzer mit mehrjähriger Praxis für Berliner Zeitungsdruckerei in dauernde Stellung gesucht.

Linotypesetzer bei hoher Bezahlung zum rasigsten sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht.

Flotter Monotypesetzer für C- oder D-Zeiler für sofort und dauernd gesucht.

Tüchtige Monotypesetzer (Modell C und D) für wissenschaftliche Arbeiten (sucht die Spamerische Buchdruckerei, Leipzig).

Maschinenmeister und Stereotypsetzer für vielseitige Rotation (König & Bauer) sowie Abzidenzdruck (zwei Maschinenmeister vorhanden) sofort gesucht.

Maschinenmeister bewandert in Abzidenz und Rotation, mit Klavis- und Rundstereotypen vertraut, sucht sofort Stellung.

Korrektor von angefeuertem großen Leipziger Verlagsverlag in sehr Stellung gesucht.

Junger Schriftsetzer (19 Jahre alt) sucht in Berlin Stellung, wo ihm Gelegenheit gegeben wird...

Linotypesetzer für Multitideal sofort gesucht. Vorkostung für das Vogelland, Plauen i. V., Parkstraße 13.

Ein Typographsetzer zwei Abzidenzsetzer nur erste Kräfte, stellt sofort ein.

Ein oder zwei Typographsetzer möglichst im Fernstudium, fast geübt, in angenehme und gutbezahlte Dauerstellung gesucht.

Korrektor 21 Jahre alt, Englisch, Französisch, sucht Stellung. Angebots unter Nr. 10 an die Geschäftsstelle d. B. Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Derbehalter Linotypesetzer langjährige Tätigkeit, guter Maschinenpfeleger, sucht (auch als Aussen-) Dauerstell. Wohnungsgestellung erwünscht.

Schweizerdegen mit guten Feingriffen versehen, längere Zeit in der Fremde gearbeitet, sucht Stelle, wo möglich in Bayern.

Junger Maschinenmeister 21 Jahre alt, sucht für sofort Stellung, wo ihm eventuell Gelegenheit geboten wird...

Junger Schriftsetzer (19 Jahre alt) sucht in Berlin Stellung, wo ihm Gelegenheit gegeben wird...

Linotypesetzer für Multitideal sofort gesucht. Vorkostung für das Vogelland, Plauen i. V., Parkstraße 13.

Linotypesetzer mit mehrjähriger Praxis für Berliner Zeitungsdruckerei in dauernde Stellung gesucht.

Abzieher 10 Jahre alt, sucht Stellung in Berlin oder Umgegend. Selb Engel, Hehen-Neuendorf (Nordbahn), Elterndamm 57.

Der neue Brockhaus (Handbuch des Wissens in vier Bänden) 72 Bde. Verbandskollegen erhalten Rabatte...

„Gutenberg“ Leipzig Dienstag, den 15. Juli, abdr. 6 1/2 Uhr, Vorstandssitzung im „Vereinsvereinshaus“.

Die Verlagsdruckerei der Gemeinschaft für Antikensprende i. eleganter Mappe kosten 1 M. Das Orientierungsmaterial wird kostenlos zugestellt.

Papierscheren 25 1/2 cm lang . . 1,75 G. M. 25 1/2 cm lang . . 2,00 G. M. 25 cm lang . . 2,25 G. M.

Kunstschreib- Werkzeuge u. alleben Sie vorteilhaft von K. Egel, München 9, Roslumbusstraße 1.

Zeilenmap mit sechs Einsteilen gen 50 Pf franko. C. Selb, Frankfurt a. M., Friedberger Landstraße 113.

Am 6. Juli verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Ceher Karl Hildebrandt aus Langensalza, im 73. Lebensjahre.